

Prüfung der Verordnung eines Alkoholverbots

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Verordnung eines Alkoholverbots für den öffentlichen Raum in der Barnabiten-gasse und im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Im Rahmen eines Pressetermins am 22. Jänner 2025 im Mariahilfer (!) Fritz-Imhoff-Park hat Bürgermeister Dr. Michael Ludwig die Verordnung einer neuen Alkoholverbotzone angekündigt. Diese wurde aber nicht in Mariahilf, sondern am Franz-Jonas-Platz in Floridsdorf umgesetzt. Seitens der Anrainerinnen und Anrainer wurde wiederholt der Wunsch geäußert, auch im Umfeld des Betreuungszentrums für Obdachlose der Caritas sowie der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer Alkoholverbotzonen einzurichten.

Die Prüfung soll auch eine umfassende Evaluierung der Situation vor Ort sowie die genauen Ausmaße der Zone beinhalten. Ziel ist es, im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen, das friedliche Miteinander zwischen den Anrainern und den Besuchern der sozialen Einrichtungen zu verbessern und damit insgesamt zu einer Entlastung beizutragen.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Neos als Mitunterzeichner

Zustimmung VP, Neos, FPÖ / Ablehnung SP, Grüne – mehrheitlich abgelehnt

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, durch eine bessere Aufteilung der Agenden der Suchthilfe Wien das Grätzel rund um den Jedmayer in Mariahilf zu entlasten.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit den Bereichen Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreuten Wohnplätzen seit dem Jahr 2012 die größte und de facto einzige Einrichtung für Drogenkranke für Wien und das Wiener Umland.

Laut dem aktuellen Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien, verzeichnete der Jedmayer im Jahr 2023 156.257 Spritzentauschkontakte. Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kam demgegenüber nur auf 5.358 (!) Spritzentauschkontakte. Die de facto Konzentration auf eine Einrichtung hat massive negative Auswirkungen auf das Grätzel rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße.

Eine einzige Einrichtung kann nicht die Drogenprobleme einer 2-Millionen-Metropole schultern. Im Namen der Anrainerinnen und Anrainer werden die Stadtregierung und namentlich der zuständige Stadtrat Peter Hacker ersucht, eine Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte in Wien zu prüfen. Nur so kann das Sicherheitsgefühl für die unmittelbar Betroffenen in Mariahilf erhöht und das Grätzel insgesamt entlastet werden.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Götde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Grüne und Neos als Mitunterzeichner

Einstimmig angenommen

Öffentliche Toilette Barnabitengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal und die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, die Aufstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich der Barnabitengasse zu prüfen.

Begründung

Die Forderung nach einer öffentlichen Toilette im Bereich Barnabitengasse / Mariahilfer Straße im Umfeld des Betreuungszentrums für Obdachlose der Caritas wurde seitens der Anrainerinnen und Anrainer sowohl bei den Anrainerversammlungen im Jahr 2024 als auch medial in der Mariahilfer Bezirkszeitung (Ausgabe 12. März 2025) artikuliert. Laut Bezirkszeitung sei eine Umsetzung nicht möglich, eine nähere Begründung wird nicht genannt. Die Bezirksvertretung ersucht die Fachabteilungen um nochmalige Prüfung und Übermittlung der Ergebnisse.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Grüne und Neos als Mitunterzeichner

Einstimmig angenommen

Sicherheitsdienst Wiener Linien U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Laut Bürgermeister Dr. Michael Ludwig wird die Anzahl der Sicherheitsdienstmitarbeiter in den Wiener Linien in der kommenden Periode deutlich aufgestockt. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Neos als Mitunterzeichner

Mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme Grüne)

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke und die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, die Finanzierung des Projekts „Aufzuganlage im Bereich der Corneliusgasse / Corneliusstiege“ sicherzustellen.

Begründung

Seit dem Jahr 2015 gibt es den Wunsch der Anrainer/innen der Corneliusgasse zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege. Mehrere Allparteienanträge im Mariahilfer Bezirksparlament haben diese Forderung untermauert, die technische Machbarkeit des Projekts wurde bestätigt.

Da der Bezirk Mariahilf dieses Projekt aufgrund seiner finanziellen Ressourcen nicht stemmen kann, wurde die Stadt Wien um Unterstützung ersucht. Stadt Wien und Bezirk mögen daher dieses für Mariahilf so wichtige Infrastrukturprojekt in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam umsetzen.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

SPÖ, Grüne und Neos als Mitunterzeichner

Einstimmig angenommen

Citybus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines erweiterten Citybuskonzepts zu beauftragen, das eine neue Route vom stadteinwärts gelegenen Teil Mariahilfs (Mariahilfer Straße) in den ersten Bezirk vorsieht.

Begründung

Die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte ein Schwerpunkt der zukünftigen Stadtregierung sein. Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem gibt es den Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung, diese Linie wieder einzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit Öffis zu erreichen.

Der Ausbau des Citybusnetzes mit den Eckpunkten Mariahilfer Straße und Karmelitermarkt war bereits im Regierungsübereinkommen der aktuellen Stadtregierung enthalten; Schritte in Richtung einer Umsetzung erfolgten in den letzten Jahren leider nicht. Auch zwei Allparteienanträge des Mariahilfer Bezirksparlaments wurden seitens der Wiener Linien und des zuständigen Ressorts abschlägig beschieden. Mit der Ausarbeitung eines neuen, erweiterten Citybuskonzepts soll nun dem jahrelangen Wunsch der Bevölkerung nach Wiedereinführung einer Öffi-Verbindung entsprochen werden.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Grüne und Neos als Mitunterzeichner

Einstimmig angenommen

Fußgängerzone Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger in der Fußgängerzone Mariahilfer Straße u.a. durch ein Verbot der Durchfahrt mit Fahrrädern zu prüfen.

Begründung

Obwohl die Fußgängerzone ursprünglich für Fußgängerinnen und Fußgänger konzipiert wurde, wird sie von diesen zunehmend gemieden. Vor allem Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen, ältere Menschen aber auch Eltern mit Kinderwagen fühlen sich durch durchfahrende Radfahrer bzw. E-Scooter-Fahrer zunehmend gefährdet. In der kommenden Legislaturperiode soll die Fußgängerzone Mariahilfer Straße den Fußgängern zurückgegeben werden, u.a. in dem das Fahren mit Rädern u.ä. durch die Fußgängerzone unterbunden wird.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

Neos als Mitunterzeichner

Zustimmung VP, Neos, FPÖ / Ablehnung SP, Grüne – mehrheitlich abgelehnt

Garagenprojekte in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, mögliche Standorte für Garagenprojekte in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Parkraum ist in Mariahilf ein knappes Gut, in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist die Zahl der Parkplätze an der Oberfläche im Bezirk laufend reduziert worden. Dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend hat das Mariahilfer Bezirksparlament einen Antrag zur Prüfung von Standorten für Garagenprojekte angenommen, leider wurde er abschlägig beschieden.

Wenn im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße nun auch die Wegnahme beider Parkspuren zur Diskussion steht und da im Bereich des Naschmarkts definitiv Parkplätze wegfallen, braucht es Alternativen z.B. durch Schaffung zusätzlicher Garagenplätze im Bezirk.

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Gödde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

SPÖ und Neos als Mitunterzeichner

Zustimmung VP, SP, Neos, FP / Ablehnung Grüne – mehrheitlich angenommen

Intervalle und Betriebszeiten Linie 57A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Intervalle der Linie 57A verdichtet bzw. die Betriebszeiten verlängert werden.

Begründung

Die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte ein Schwerpunkt der zukünftigen Stadtregierung sein. Mit der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße haben wir die Chance, auch die Intervalle und Betriebszeiten der Linie 57A zu verbessern. Das Mariahilfer Bezirksparlament hat schon einmal einen diesbezüglichen Antrag an die Wiener Linien gestellt; leider wurde dieser abschlägig beschieden.

Unser Vorschlag:

MO-FR: 5:00-6:00 Uhr alle 10min, 6:00-8.30 Uhr alle 5min, 8:30-12:00 Uhr alle 7,5min, 12:00-18:00 Uhr alle 6min, 18:00-19:30 Uhr alle 7,5min, 19:30-22:30 Uhr alle 10min, 22:30-0:30 Uhr alle 15min

Zusätzlich soll von MO-SO der letzte Bus ab Burgring um 0:30 Uhr fahren (das wäre eine Verlängerung der Betriebszeit um eine Stunde).

Gerhard Hammerer
Marcel Flitter
Maria Blazej
Karl Götde
Nina-Maria Wagner
Veronika Zimmermann

SPÖ, Grüne und Neos als Mitunterzeichner

Einstimmig angenommen